



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/198 - 3.9.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Gefahrenzeichen der Bundesrepublik	S. 1
Ein vernichtendes Urteil	S. 3
Überflüssige EVG-Vertretung in Paris	S. 4
In Erinnerung an Wilhelm Leuschner	S. 5
Aufschlußreiche Wahl-Analyse	S. 7

---

## Am Kreuzweg der Demokratie

H.P. Die vielen Prophezeiungen des Kanzlers haben sich nicht erfüllt. Wir alle stehen jetzt vor einem Scherbenhaufen. Da kann es nicht ausbleiben, dass Schuldige gesucht und Anklagen erhoben werden, selbstverständlich gegen die andern. Zur Selbstbesinnung und Selbstanklage mangelt es meistens an Mut. Die außen- und innenpolitischen Niederlagen der Bundesregierung sind aber nur das Resultat ihrer eigenen Politik und ihrer ausländischen Verbündeten. Ein wesentliches Element, das zu diesen Niederlagen beigetragen hat, ist das Anwachsen eines echten und nicht eines vermeintlichen deutschen Nationalismus.

Blenden wir zurück. Als sich vor vier Jahren die NATO-Mächte aus militärischen Gründen veranlasst sahen, einen deutschen Beitrag zur europäischen Verteidigung zu fordern, kam ihnen der deutsche Bundeskanzler mit einem Angebot entgegen. Die Hartnäckigkeit, mit der aber die deutsche Bundesregierung unter bewusster Zurückstellung der Wiedervereinigung Deutschlands das Zustandekommen des kleineuropäischen Militärpaktos forderte, mußte zur Verdächtigung der Motive führen. Wenn es keine anderen Gründe gegeben hätte, so wäre dieser Übereifer allein schon Grund gewesen, selbst bei den engsten Verbündeten der Bundesrepublik Verdacht zu schöpfen. Hier wäre äußerste Zurückhaltung am Platz gewesen. Wir wissen heute, dass nicht nur die Ablehnung des EVG-Vertrages in der französischen Kammer, sondern auch der deutlich sichtbare Umschwung in anderen Ländern zu Ungunsten Deutschlands darauf zurückzuführen ist.

Dabei soll nicht übersehen werden, dass auch die ausländischen Mächte an dieser Entwicklung keineswegs schuldlos sind. Hatte man erst einmal die Notwendigkeit der Aufstellung deutscher militärischer Kontingente im Prinzip beschlossen, so ergaben sich daraus auch Konsequenzen für die Beurteilung innerpolitischer Vorgänge in der Bundesrepublik. Jeder, der die Auslandspresse der letzten Jahre aufmerksam verfolgte, mußte erkennen, dass es zwei bewußte oder unbewußte Sprachregelungen für die Auslandspresse gab: 1. Das beste und einzige Bollwerk gegen das Aufleben eines deutschen Nationalismus und Militarismus ist die Person des Kanzlers. 2. Alle in der Tendenz sichtbaren Äußerungen, Bewegungen und die wachsende Einflußnahme früherer prominen-

ter Nazis auf das Geschehen in der Bundesrepublik, sind zu bagatellisieren. Diese Konsequenz mußte sich beinahe zwangsläufig ergeben. Man konnte ja nicht mehr fortfahren, diejenigen Kreise anzuprangern, die man schliesslich für die faktische Aufstellung und propagandistische Unterstützung einer deutschen Wehrmacht brauchte. Gefördert durch dieses Bagatellisieren oder Totschweigen einer deutlich sichtbaren Wiederkehr der früheren Naziprominenz in die Ministerien, in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben, wurde darüber hinaus sogar ein Mythos des deutschen Soldaten geschaffen ("die besten Soldaten der Welt"), ohne die anscheinend keine Verteidigung der Werte des Abendlandes möglich schien. Man würde die Geschichte fälschen, wenn man diesen Tatbestand verschweigen würde, der nicht wenig dazu beigetragen hat, eine wirklich demokratische Entwicklung in Deutschland zu erschweren.

Dies alles sei nicht gesagt, weil die deutsche Sozialdemokratie etwa nie und nimmer bereit wäre, einer Wiederbewaffnung zuzustimmen, doch sind wir der festen Überzeugung, dass sowohl der Zeitpunkt wie auch die Behandlung der ganzen Angelegenheit nicht dilettantischer und folgenschwerer hätte gehandhabt werden können. Damals aber wurden alle diejenigen, die diese Entwicklung voraussahen als "Nationalisten", Anti-Europäer und Helfershelfer der Sowjets diffamiert.

In den letzten Wochen erleben wir nunmehr, dass in der ausländischen Öffentlichkeit und keineswegs nur in der englischen Presse, diese Dinge plötzlich entdeckt werden. Man warnt wieder und hat Angst. Das hat schon begonnen, bevor es einen Fall John oder Schmidt-Wittmack gegeben hat. Warum erst jetzt, kann man nur fragen.

Diejenigen in der Bundesrepublik, die die Politik der Regierung unterstützten, haben ebensowenig Veranlassung, sich über diesen Stimmungswechsel aufzuregen. Wenn man jahrelang eine Personalpolitik betrieben hat, die den früheren Nazis das "come-back" in Schlüsselstellungen ermöglichte, wenn Minister das Parlament und seine Ausschüsse des öfteren mit größter Respektlosigkeit behandeln, dann soll man sich nicht wundern, dass auch das Ausland Zweifel an der demokratischen Entwicklung in diesem Lande hat. Die beiden Überläufer haben diese Vertrauenskrise nicht ausgelöst, sie sind nur Symptome für einen innenpolitischen Prozess, der zeigt, dass wir an einem Kreuzweg der Demokratie in der Bundesrepublik stehen.

Es versteht sich am Rande, dass es viele andere Symptome dafür gibt, so die Verschleppung der Wiedergutmachung an den Opfern des Nazismus, die Diffamierung der Arbeiterbewegung schon als Institution, und dass man mehr oder minder offen auch die Reinigung von linksorientierten Elementen aus den Verwaltungen für geboten hält.

Nicht nur die Außenpolitik Adenauers hat einen vernichtenden Schlag erlitten, sondern auch seine Innenpolitik. Im Inland und Ausland muß die demokratische Glaubwürdigkeit dieser Regierung in Zweifel gezogen werden, solange frühere Nazis als Minister und Staatssekretäre fungieren. So kann man weder eine demokratische Bundesrepublik als stabile Anziehungskraft gegenüber dem totalitären Kommunismus aufbauen, noch sich das Vertrauen der freiheitlichen Kräfte des Auslandes erwerben. Paris war die Quittung. Das ist eine Lehre für alle, die mit tiefer Besorgnis das Anwachsen einer nationalistischen Arroganz sehen, deren Folgen wieder Schuldige und Unschuldige zu tragen haben werden.

"Eine unheilvolle Spielerei mit dem EVG-Projekt"

Die angesehene Londoner "Times" (2.9.), die in den vergangenen Jahren die Politik Adenauers stets unterstützt hat, fällt über das Fünf-Punkte Programm der Bundesregierung ein vernichtendes Urteil. Wir lesen:

"Wahrscheinlich muß dieses Dokument als ein politisches Manifest für den Hausgebrauch angesehen werden; auch nicht einen Augenblick lang kann es als ein brauchbares Programm für die Führung der deutschen Diplomatie angesehen werden. Die Bundesrepublik hat nicht nur einen schweren Rückschlag in ihrer Außenpolitik erlitten, sondern auch einen schweren Schlag ihrer inneren politischen Position".

"Man kann sich jedoch nicht leicht vorstellen, dass die Bundesregierung glauben kann, sie könnte diese Ziele auf den von ihr bezeichneten Wegen erreichen. Welche Aussichten bestehen dafür, dass die drei Länder, die neben der Bundesrepublik die EVG ratifiziert haben, Holland, Belgien und Luxemburg, oder Italien bereit sein werden, eine militärische Integration mit der Bundesrepublik ohne Frankreich weiter zu verfolgen? Keines dieser Länder hat Ansichten geäußert, die eine solche Idee rechtfertigen würden. Der zweite Punkt der Erklärung, die Wiederherstellung der deutschen Souveränität, erfordert die Zustimmung Frankreichs als einer Besatzungsmacht. Der dritte Punkt, deutsche Beteiligung an der Verteidigung des Westens ohne Diskriminierung, erfordert die Zustimmung Frankreichs als eines Mitgliedstaates der NATO. Der vierte Punkt behandelt die auf bundesdeutschem Boden stehenden ausländischen Truppen. Diese schließen auch französische Einheiten ein; einer der Vertragspartner, von denen die Erklärung spricht, müßte also Frankreich sein.

Schließlich muß die angekündigte Absicht, mit den Vereinigten Staaten und England zu verhandeln, zur Aufwerfung der Frage führen, welche anderen Staaten teilnehmen wollen, und man kann sich schwer vorstellen, dass einer von ihnen und ganz bestimmt nicht England, an solche Verhandlungen mit Deutschland auf einer Dreimächtegrundlage denkt. Sie würden voraussichtlich ebenfalls Frankreich einzu-beziehen wünschen, damit die Verhandlungen zu einem endgültigen und juristisch stabilen Ergebnis führen. Alles in allem, die zentrale Schwierigkeit, welche den Eintritt der Bundesrepublik in die westliche Allianz verhindert, bleibt das Problem der deutsch-französi-schen Beziehungen. Die tiefe Enttäuschung und das Gefühl der Hoffnungslosigkeit in Deutschland, so natürlich sie auch scheinen mögen, schaffen das Problem nicht aus der Welt, und die Erklärungen der Bundesrepublik über ihre nächsten Ziele lassen nicht erkennen, dass der Schwierigkeit ins Auge gesehen wird.

Die nächsten Schritte zur Lösung des ungelösten europäischen Problems werden in der Tat kaum von Bühlerhöhe oder von Bonn kommen. Sie müssen von Washington, London oder Paris kommen..."

"Die Bundesrepublik hat das Recht, ihre Bedingungen zu nennen. Diese jedoch werden zweifellos höher sein, als das ohne die unheilvolle Spielerei mit dem EVG-Projekt, die nahezu vier Jahre gedauert hat, notwendig gewesen wäre..."

Im Bericht des Romkorrespondenten ist an anderer Stelle zu lesen:

"Alle politischen Kreise (Roms) stimmen darin überein, dass nach der gestrigen offiziellen Erklärung, dass die Abstimmung in der französischen Kammer die Bemühungen, zur EVG zu gelangen, zunichte gemacht hat, nicht die Rede davon sein konnte, das italienische Parlament zur Ratifizierung aufzufordern, die in der Kammer bereits das Ausschuss-Stadium durchlaufen hatte".

+ + +

Der Brüsseler "Newsweek" Korrespondent, Benjamin Bradley, berichtet über die Brüsseler Konferenz folgenden Ausspruch Adenauers:

"Zwingen Sie mir nicht eine deutsche Nationalarmee auf. Bitte tun Sie das nicht", ( an Mendès-France gewandt). Später fügte Adenauer hinzu: " Sie verlieren nichts indem Sie die deutsche Wiedervereinigung opfern, ich aber. Aber wir sind bereit das zu tun, wenn wir einem starken westlichen Lager beitreten können".

Aus "Newsweek", 30.8.1954

+ + +

#### EVG-Traditionsetappe

gs. Die Bundesregierung hatte seit dem Mai 1952 keine Mittel und keine Kosten gescheut, um den EVG-Vertrag durchzusetzen. Von dem Schaden, der durch diese Haltung der Regierung gegenüber einem inzwischen gescheiterten Vertrag der deutschen Innenpolitik und dem deutschen Rechtsstaat zugefügt wurde, soll in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden. Das wird zu anderer Zeit und an anderer Stelle geschehen müssen.

Wieviel Millionen DM die Rettungsversuche um den EVG-Vertrag die deutschen Steuerzahler gekostet haben, lässt sich heute nicht einmal annähernd abschätzen. Aber es ist eine unausweichliche Forderung, dass die Regierung sofort alle Ausgaben stoppt, die von dem gescheiterten EVG-Vertrag ausgehen. Es wäre unerträglich, wenn zu einer Zeit, da angeblich kein Geld für eine ausreichende Rentenerhöhung, kein Geld für eine durchgreifende Steuerreform und kein Geld für die wünschenswerte Forderung des sozialen Wohnungsbaus da ist, auch nur noch tausend Mark in einen Vertrag investiert werden, der nicht mehr besteht.

Die deutsche, rund 400 Mann starke Delegation beim Interimsausschuss der EVG, die allein 1953 fast fünf Millionen DM gekostet hat und für die in diesem Haushaltsplan rund 3,5 Millionen DM vorgesehen sind, ist sofort abzuberufen. Wir brauchen in Paris keine Traditionsetappe für den EVG-Vertrag. Es wäre unverantwortlich, wenn sich die deutsche Delegation in Paris auch nur einen Tag länger an ihren Schreibtischen an der Seine festhält und sich die Zeit damit vertreibt, in Gesellschaftsspielen vorzuspielen, was gewesen wäre, wenn jener EVG-Vertrag Wirklichkeit geworden wäre.

Auch bei der Dienststelle Blank ist die Rationalisierung des Apparates notwendig. Es ist in Bonn kein Geheimnis, dass bereits durch die Verzögerung der Entscheidung über den EVG-Vertrag einzelne Referate in der Dienststelle Blank ohne ausreichende Beschäftigung waren. Heute brauchen wir weniger denn je einen großen Apparat für Planungen ins Blaue hinaus. Nicht die Auflösung der Dienststelle ist zu fordern, sondern ihre Beschränkung auf den Umfang, der notwendig ist, um die jetzt notwendigen Planungen zu bearbeiten. Wenn die Regierung diese Konsequenzen aus dem Scheitern des EVG-Vertrages nicht von sich aus zieht, wird der Bundestag die entsprechenden Beschlüsse zu fassen haben.

+                    +                    +

Zum 10. September

#### Das neue Deutschland hätte ihn gebracht

Vor zehn Jahren wurde Wilhelm Leuschner hingerichtet.

1933: Internationale Arbeiterkonferenz in Genf. Auch Deutschland war vertreten, das Nazi-Deutschland, dessen Entstehen das Ausland mit mißtrauischer Zurückhaltung beobachtete. Wilhelm Leuschner, der stellvertretende Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war, nahm, von Robert Ley eskortiert, daran teil. Man wollte das Ansehen, das Wilhelm Leuschner in internationalen Kreisen genoss, ausnutzen. Schon vor dieser Tagung war Wilhelm Leuschner von den neuen Machhabern verhaftet gewesen, aber man hatte ihn überraschend

freigelassen. Er bekam seine Chance, mit dem Hitler-Deutschland zu paktieren. Und Wilhelm Leuschners Verhalten in Genf war eine glatte Absage. Er war sich der Folgen seines passiven Widerstandes bewußt: Das KZ. -

Wilhelm Leuschner, der 1893 in Payreuth geboren war und seinen Weg als Holzbildhauer in Darmstadt begann, fühlte sich von der Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung angezogen. Schon frühzeitig nahm er den Kampf für soziale Gerechtigkeit auf. Mutig trat er für seine Überzeugungen ein, ohne je zum Panatiker zu werden, der andere Meinungen nicht gelten lässt. Politik bedeutete ihm stets "die Kunst des Möglichen"; und er hatte mehrfach Gelegenheit, sich als besonnener Realpolitiker zu bewähren: als Stadtrat in Darmstadt, als Mitglied des hessischen Landtages und zuletzt als hessischer Innenminister. 1933 schien seine politische Laufbahn zu enden. Als er nach zwei Jahren aus dem Konzentrationslager entlassen wurde, übernahm er eine kleine Fabrik, die zum Asyl für politische Gesinnungsfreunde wurde, und seine Geschäftsreisen dienten dazu, ein Netz von Widerstandszellen auf deutschem Boden zu knüpfen.

Kurz vor dem Krieg hatte er an Parteifreunde in England geschrieben: "Wir sind Gefangene in einem großen Zuchthaus." Ebensowenig wie andere konnte er die Katastrophe abwenden, aber er ließ nichts unversucht, sie zu enden. Er gehörte zu den Männern, die Verbindung zwischen der revolutionären Opposition und den rechtsgerichteten Widerstandskreisen herstellten. In ihm sahen viele eine Persönlichkeit, die nach Vernichtung des Hitler-Systems führend am Aufbau einer neuen gesellschaftlichen und politischen Ordnung mitwirken würde. Durch seine Verständigungsbereitschaft, durch sein kluges politisches Denken genoss er allgemeines Vertrauen. Für die neu zu errichtende Regierung hatte man ihn als Vizekanzler vorgesehen.

Die Hinrichtung dieser Männer war einer der empfindlichsten Schläge, die uns Hitler 5 Minuten vor Null versetzt hat. Das Fundament einer neuen, besseren Zukunft wurde damit gefährdet. Auch Wilhelm Leuschner, ein Führer der sozialen Opposition, den das neue Deutschland bitter notwendig gebraucht hätte, als es nach dem Krieg den politischen Wiederaufbau versuchte, wurde vor zehn Jahren, am 10. September 1944, hingerichtet. Mehr als alles andere erlegt der Tod solcher Männer uns die Verpflichtung auf, alles daran zu setzen, die entstandenen Lücken abzustützen, damit die junge Demokratie nicht einstürze.

Geef

+

+

+

- 7 -

Die Jugend wählte die SPD

In der April-Ausgabe 1954 von "Klarer Kurs" wurde das Wahlergebnis vom 6. September 1953 analysiert. Damals konnte die erfreuliche Feststellung gemacht werden, dass der Großteil der Jungwähler für die SPD gestimmt hatte.

Nun liegt von der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ein ähnliches Ergebnis vor. In der Stadt Duisburg wurden vom Landeswahlamt in 38 Wahlbezirken Sondererhebungen nach Geschlecht und Jahrgängen vorgenommen.

Die bereits bei der Bundestagswahl festgestellte Tendenz, dass die weiblichen Jungwähler, im Gegensatz zu den älteren weiblichen Wählerjahrgängen, der CDU ablehnender gegenüberstehen, wurde noch verstärkt.

In den 38 Wahlbezirken beträgt der Gesamtanteil der SPD-Stimmen 42,8 %  
der CDU-Stimmen 35,0 %

Die männlichen Wähler stimmten für die SPD zu 46,6 %  
für " CDU zu 29,04 %

Die weiblichen Wähler stimmten für die SPD zu 39,10 %  
für die CDU zu 40,81 %

Die 21 - 30 Jahre alten Jungwähler stimmten für die SPD zu 47,69 %  
(männl. und weibl.) für die CDU zu 33,5 %

Die über 60 Jahre alten Wähler stimmten für die SPD zu 36,83 %  
(männl. und weibl.) für die CDU zu 43,20 %

Die 21 - 30 alten männl. Jungwähler stimmten für die SPD zu 51,30 %  
für die CDU zu 27,67 %

Die über 60 Jahre alten männl. Wähler " für die SPD zu 41,26 %  
für die CDU zu 37,39 %

Die 21 - 30 Jahre alten weibl. Jungwähler " für die SPD zu 43,53 %  
für die CDU zu 39,23 %

dagegen:

die über 60 Jahre alten weibl. Wähler " für die SPD zu 32,38 %  
für die CDU zu 49,04 %